

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Scharnhorst 6. Fernsprechanruf der Geschäftsleitung 287 08. Schriftleitung 216 60. Bezugspreis monatlich 3,- G. wöchentl. 0,75 G; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 2,- G. monatlich für Kommerzien 5,-. Porto. Anzeigen: 1 mm 0,16 G; Reklamen: 1 mm 0,80 G; in Deutschland 0,18 u. 0,80 Goldmark. - Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang

Freitag, den 29. Mai 1936

Nr. 124

Senator a. D. Dr. Blavier in Schutzhaft genommen

Bedeutende Besprechungen in London

Ribbentrop versucht neue Fühlungnahme

Bemerkenswerte Rede des Präsidenten Greiser

Die Unterschlagungen bei der Arbeitsfront

Aufsehenerregende Maßnahme der Polizei - Die Veröffentlichungen der „Neuen Zeit“

Senator a. D. Dr. Blavier in Schutzhaft

Gestern nachmittag ist im Büro des Danziger Haus- und Grundbesitzervereins der Vorsitzende dieses Verbandes, Dr. Curt Blavier, von der politischen Polizei festgenommen worden. Von der Polizei wurde erklärt, daß es sich um eine Schutzhaftmaßnahme handle. Dr. Blavier hat, wie wir weiter erfahren, eine schriftliche Verfügung des Polizeipräsidenten, gez. J. B. Gröhner, zugefickt erhalten, in der die polizeiliche Maßnahme begründet wird. Die polizeiliche Verfügung trägt das Datum des 28. Mai, sie lautet:

„Sie werden hiermit sofort bis auf weiteres in Schutzhaft genommen, weil Sie durch Ihr Verhalten am 27. und 28. Mai 1936 die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet haben und diese Gefährdung noch fortbesteht, außerdem diese Maßnahme aber auch zu Ihrem eigenen Schutz erforderlich ist.“

Gegen diese Anordnung steht Ihnen die Beschwerde an den Senat zu.

J. B. Gröhner.“

Bei dem Verhalten Dr. Blaviers, das — nach Meinung der Polizei — eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt, dürfte es sich um die Verbreitung der letzten Ausgabe der von Dr. Blavier herausgegebenen Zeitschrift „Die neue Zeit“ handeln, die einen polemischen Artikel mit der Überschrift „Traumwandler“ enthält. Diese Ausgabe der „Neuen Zeit“ verfiel bekanntlich der polizeilichen Beschlagnahme.

Dr. Blavier, der früher Senator und vorher stellvertretender Polizeipräsident war, ist bekanntlich Mitglied der Deutschen Nationalen Volkspartei und kandidierte 1935 auf dem Volkstagswahlvorschlag dieser Partei. Er ist heute der unbestrittene Führer der übrigen Mehrheit des Danziger Haus- und Grundbesitzes. Gegen die Schutzhaftnahme wehren seitens der Rechtsanwälte alle erforderlichen Schritte getan.

Botschafter von Ribbentrop nach England

Privater Besuch bei Lord Londonderry — Man rechnet auch mit politischen Unterredungen.

Botschafter von Ribbentrop ist von Lord Londonderry zu Pfingsten nach seinem Sitz in Mount Stuart in Nordirland eingeladen worden. Er ist gestern mit seiner Frau auf dem Flughafen bei London gelandet.

Lord Londonderry weist nach seinem Rücktritt aus dem englischen Kabinett, in dem er den Posten eines Außenministers inne hatte, im vergangenen Winter in Deutschland und wurde dort sowohl von Reichskanzler Hitler als auch von Ribbentrop bewirtet. Die jetzige Einladung von Ribbentrops besäße deshalb den Charakter eines privaten Gegenbesuchs.

„Daily Telegraph“ schreibt, Lord Londonderry habe von Ribbentrop zu einem Gegenbesuch zu seinem kürzlichen Besuch in Deutschland eingeladen. Es sei vermutet worden, daß Ribbentrop während seines Londoner Aufenthaltes die Gelegenheit wahrnehmen werde, mit der britischen Regierung die deutsche Antwort auf den britischen Fragebogen zu erörtern. Eine Bestätigung dieser Vermutungen sei jedoch nicht erhältlich. Es werde bemerkt, daß seine Reise in irgendeinem Zusammenhang mit der deutschen Antwort auf den britischen Fragebogen liege.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ meidet, es seien keine Vorbereitungen für ein Zusammenreffen von Ribbentrops mit amtlichen Persönlichkeiten auf seinem Hin- und Rückweg über London getroffen worden. Sicherlich sei nicht davon die Rede, daß Ribbentrop die Antwort Hitlers mitbringe, da diese noch nicht bereit sei.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Berlin: Die Reise des Botschafters von Ribbentrop nach London hat in politischen und diplomatischen Kreisen Berlins großes Aufsehen erregt, welche durch die offizielle Betonung des privaten Charakters dieser Reise keineswegs abgeschwächt wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Botschafter von Ribbentrop seinen Aufenthalt in London dazu benutzen wird, die Verhandlungen auf Grund der Vorschläge des Reichskanzlers vom 7. März einzuleiten.

Ansprüchlicher beschäftigt sich die „Morning Post“ mit der Reise Ribbentrops. Das Blatt erklärt, Herr von Ribbentrop werde seinen ganzem Einfluß zur Schaffung eines westeuropäischen Blockes, bestehend aus Deutschland, England und Frankreich, anwenden. Diese Politik finde in einem bestimmten Teil des englischen Kabinetts, in dem bis vor kurzer Zeit Lord Londonderry eine hervorragende Rolle gespielt habe, aufrichtige Unterstützung. Eine andere Gruppe des Kabinetts, zu der der Außenminister Eden gehört, sei weniger optimistisch in bezug auf die Vorteile eines Bündnisses Englands mit Deutschland. In diesen Kreisen teile man die französische Ansicht, daß es die Hauptabsicht Deutschlands bei seinem Wunsch nach einem freundschaftlichen Verhältnis mit Frankreich und England sei, freie Hand in

Mittel- und Ostropa zu haben und daß eine solche Politik früher oder später zu einem neuen allgemeinen Kriege führen müsse.

Weitere Truppen für Palästina

40 Araberführer verbannt — Die Unruhen dauern an

Außer dem aus Alexandria erwarteten 5. englischen Bataillon soll noch ein weiteres folgen. Admiral Pound von dem in Haifa vor Anker gegangenen Flaggschiff traf mit seinem Stabe im Flugzeug in Jerusalem ein.

Wie aus Jerusalem berichtet wird, sind 40 Führer der Aufständischen aus ihrem bisherigen Tätigkeitsgebiet in andere Städte ausgewiesen und dort unter Polizeiaufsicht gestellt worden. Die arabischen Journalisten sollen bestraft haben, am Freitag keine arabischen Zeitungen herauszugeben.

Nach einer Meldung aus Jerusalem ist es in der Nacht zum Donnerstag zu neuen Ausschreitungen gekommen. Ein regelrechtes Feuergefecht entwickelte sich zwischen Polizisten und Arabern, die im Schutze der Dunkelheit ein ummurt Jerusalem gelegenes Sanatorium beschoßen hatten. Sowohl in den Augenbezirken von Jaffa als auch auf der Hauptstraße wurden die Polizisten angegriffen, wobei es zu Schießereien kam. In den übrigen Bezirken nehmen die Vermisungen in den Pflanzungen zu. Insgesamt wurden während der

letzten Nacht etwa 5000 Bäume einer jüdischen Niederlassung vernichtet. Da befürchtet wird, daß noch weitere Anschläge auf die Pflanzungen und Wälder geplant sind, ist eine große Anzahl arabischer und jüdischer Polizisten zur Bewachung der gefährdeten Wälder eingeteilt worden.

Im übrigen unterschied sich der Donnerstag nicht von den anderen Wochentagen. Überall waren wieder Feuergefechte zu verzeichnen. Im Kampf mit Militärgruppen fielen bei Zentr zwei Araber, vier wurden verwundet. Bei einem Angriff auf ein jüdisches Lastauto in Jaffa wurde ein Araber erschossen und ein anderer verwundet.

Die „Times“ über italienische Propaganda

Die „Times“ veröffentlichten einen Bericht ihres Korrespondenten aus Kairo über die italienische Propaganda im Orient. Italienische Agenten führen eine energische Propaganda in Palästina und Ägypten durch. In gut informierten Kreisen sei man der Ansicht, daß die italienischen Agitatoren eine nicht geringe Verantwortung für die letzten Ereignisse in Palästina tragen. In Ägypten habe die italienische Propaganda bis zur letzten Zeit wenig Erfolg gehabt.

Italienische Zurückweisung

Die Anschuldigungen der „Times“ betreffend die italienische Propaganda in Palästina werden nunmehr auch in einem Seitartikel der halbamtlichen „Giornale d'Italia“ in aller Form zurückgewiesen.

Bedeutende Besprechungen in London

Grandi übermittelt Mussolinis Verständigungsangebot

Der italienische Botschafter hatte am Donnerstag nachmittag mit dem britischen Außenminister Eden eine längere Unterredung. Die Tatsache dieser Besprechung hat in Londoner politischen Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt, da es sich um die erste Unterredung zwischen Grandi und Eden handelt, seitdem die Italiener im Abbas Ibeba eingedrückt sind. Vor einiger Zeit hatte Grandi mit dem Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt, Bassittari, — der als Vertrauensmann Edens gilt — eine Unterredung gehabt.

Der Wunsch Mussolinis

Herstellung guter Beziehungen

Die gestrige Unterredung zwischen Außenminister Eden und dem Londoner italienischen Botschafter Grandi wird von den Londoner Morgenblättern stark beachtet. Der diplomatische Mitarbeiter der „Times“ schreibt, in unterrichteten Kreisen sei man nicht geneigt, dem Wunsch eine übertriebene Bedeutung beizumessen; er werde jedoch als eine Bemühung angesehen, den Weg für eine Entspannung zu ebnen. Der italienische Botschafter habe mit Eden einige der Probleme erörtert, die sich aus den gegenwärtigen Beziehungen Italiens zu den anderen Völkern ergeben.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ schreibt, Grandi habe auf Anweisung Mussolinis dem englischen Außenminister mitgeteilt, daß Italien die Freundschaft und Zusammenarbeit mit England wiederherzustellen wünsche. Gleichzeitig habe er erklärt, daß die Fortsetzung der Sühnemaßnahmen dieser Art ein Hindernis in den Weg lege. Wenn die Sühnemaßnahmen weiter aufrechterhalten würden, müsse Italien die Frage seiner Mitgliedschaft beim Völkerbund und seiner Mitarbeit für eine europäische Regelung in Erwägung ziehen. Man glaube, daß Grandi die unverzügliche Eröffnung von Verhandlungen zur Beilegung des Oessien-Konfliktes vorgeschlagen habe. Eden habe seinerseits gesagt, daß England zwar die Herstellung guter Beziehungen mit Italien wünsche, daß aber die Aufhebung der Sühnemaßnahmen eine Angelegenheit für den gesamten Völkerbund sei.

Verhandlungsgrundlage?

Die italienischen Bemühungen

Der „Times“ beschäftigt sich eingehend mit der Unterredung, die Mussolini einem Vertreter des „Daily Telegraph“ gewährte und die das Blatt für umso wichtiger bezeichnet, als sie kaum 14 Tage vor dem Wiederauftritt des Völkerbundes stattgefunden hat. (Wir haben über diese Unterredung gestern berichtet.)

Die Erklärungen des Duce, so schreibt der „Times“, verdienen besondere Aufmerksamkeit, weil aus ihnen die großen Richtlinien der italienischen Politik hervorgehen, gleichzeitig aber auch der Wunsch Mussolinis zum Ausdruck komme, die englische Öffentlichkeit zu beruhigen. Wenn auch die

Frage, ob diese Erklärungen geeignet seien, die Lage zu klären, vorläufig noch offen gelassen werden müsse, so könne man doch feststellen, daß sie eine Verhandlungsgrundlage für die Vereinigung der rein italienisch-englischen Meinungsverschiedenheiten darstellten.

Das Blatt ist der Meinung, daß der Politik in der gegenwärtigen Lage drei verschiedene Wege offen ständen: entweder verschärfe man die Politik der Sühnemaßnahmen, dies würde unweigerlich über kurz oder lang zum Kriege führen. Oder man verharre bei der augenblicklichen Anwendung der Sühnemaßnahmen und verschärfe damit noch mehr die internationale Lage. Schließlich könne man sich aber auch mit der Lage abfinden, an der nichts mehr zu ändern sei und auf die Anwendung der Sühnemaßnahmen verzichtet. Man könne versuchen, auf neuer Grundlage Italien zu einer Politik der Friedensorganisation heranzuziehen, ohne die es für Europa keinen Ausweg mehr gebe.

Die Munitionsschwäche der Mittelmeerflotte

Das Unterhaus nahm am Donnerstagabend den Nachtragshaushalt für die Flotte in Höhe von 10,8 Millionen Pfund Sterling mit 183 gegen 85 Stimmen an.

Im Verlauf der Aussprache kamen mehrere Abgeordnete auf die Lage im Mittelmeer zu sprechen. Abgeordnete wiesen auf die Berichte hin, daß die englische Flotte im Mittelmeer in der Zeit der englisch-italienischen Spannung unzulängliche Munitionsvorräte gehabt habe, die nur für eine halbe Stunde ausgereicht hätten. Lindsay erklärte hierzu, er halte es für unangebracht, derartige von den Zeitungen aufgestellte Behauptungen als wahr hinzustellen.

Kolonialminister Ormsby-Gore

Der Nachfolger des zurückgetretenen Thomas

Zum Nachfolger des vor kurzem zurückgetretenen Kolonialministers Thomas wurde am Donnerstag der bisherige Kommissar für öffentliche Arbeiten W. G. A. Ormsby-Gore ernannt. Ormsby-Gore hat bereits seit mehreren Jahren dem Kabinett Baldwin als Kommissar für öffentliche Arbeiten angehört und war bereits einmal Unterstaatssekretär für die Kolonien.

Ormsby-Gore ist 1885 geboren und war während des Krieges im Nachrichtendienst im Orient tätig. Im Jahre 1933 wurde er zum erstenmal Unterstaatssekretär für die Kolonien und verließ dieses Amt bis zum Jahre 1932. Er war ferner Mitglied der britischen Abordnung für die Versailles Friedenskonferenz. Ormsby-Gore gehört der konservativen Partei an und vertritt den Wahlkreis Stafford.

Der Krönungstag Eduards VIII.

In einem feierlichen Kronrat wurde am Donnerstag als Krönungstag des britischen Königs Eduard VIII. Mittwoch, der 12. Mai 1937, bestimmt. — Am Freitag werden die Wapenheraldische des Königs bei Krönungstag feierlich ausgerufen.

Danziger Nachrichten

Präsident Greifer über Danzig

Öffentliche nationalsozialistische Versammlung in Schidlitz

Im Café Terra in Schidlitz sprach gestern abend der Präsident des Senats, Greifer, in einer öffentlichen Versammlung der NSDAP-Ortsgruppe Große Molde. Präsident Greifer begann seine bemerkenswerte Rede mit einer Erzählung aus dem Krieg, um sie dann auf die heutigen politischen Verhältnisse anzuwenden. Er versicherte, daß, wie der Mensch nichts gegen eine Naturgewalt tun könne, so wenig werde man auch in Danzig den Nationalsozialismus kürzen können. Das Danziger Parlament verlag sich Präsident Greifer mit einem „Affentheater“. (Bekanntlich sind die Abgeordneten in ihrer Mehrheit Nationalsozialisten! D. Red.) Es sei richtig, daß auch manche Gegner des Nationalsozialismus ein nationales Empfinden besäßen. Bei diesen könne das noch gewendet werden, allerdings nicht bei den Führern. Aber auch sie würden eines Tages verschwinden. Er, der Redner, wolle als Präsident nicht sagen, daß sie an die Wand gestellt würden, aber kaltgestellt würden sie werden, so wie es das Schicksal wolle.

Alle Kritik, die man an dem Nationalsozialismus übe, setze ihn nicht an. Die Nationalsozialisten arbeiteten nach Anweisung einer höheren Stelle. Auf persönliche Angelegenheiten eingehend, erklärte Präsident Greifer, daß, wenn auch verschiedene Parteigenossen sagten, ihm ginge es gut, er erkläre müßte, wirtschaftlich schon, doch er wisse auch, wie es jedem anderen gehe, weil es ihm selbst einmal schlecht gegangen sei. Die Nationalsozialisten kämpften ja nicht für sich allein, sondern für Deutschland. Diese Parole könnte immer wieder in die Massen geworfen werden. Sie sei nicht verfassungswidrig. Die Gegner könnten nicht sagen, daß sie Deutsche seien, denn als Danzig vom Reich abgetrennt wurde, seien sie nicht zu leben gewesen. Er, der Redner, habe damals vom Flugzeug aus Flugblätter abgeworfen. Er sei damals auch Mitglied einer Organisation gewesen, die er heute nicht nennen wolle.

Danzig, das auf Vorpösten stehe, habe es schwerer als das Reich, das die Hauptarmee bilde. Wenn man von der Hauptarmee keine Munition bekomme, so müßte man sich eben einrichten, damit man nicht die eiserne Nation anzubringen brauche. Dieser Umstand habe dazu beigetragen, daß der Gulden abgewertet werden mußte, denn hätte Danzig genug Munition gehabt, dann hätte es heute keine Arbeitslosen mehr und befäße genau so schöne Chauffeen wie Deutschland.

Wenn auch immer die Rede von dem Zehnjahrespaß zwischen Deutschland und Polen sei, so könne man doch nicht sagen, daß dieser Vertrag ewig dauere. Die Nationalsozialisten hätten 15 Jahre lang gewartet. Warum sollten sie jetzt nicht auch noch 5 bis 10 Jahre warten?

Präsident Greifer ging dann kurz auf die Januar-Sitzung des Völkerrundrats ein, und erklärte, daß man den damaligen Streitfragen einen außenpolitischen Charakter gegeben hätte. Es hätte sich schon wieder ein Neg. Neg. Deutschland zusammengezogen. Die anderen Staaten hätten geglaubt, daß Deutschland sich einmischen werde, aber Deutschland brauche Ruhe. Der Völkerrundrat gefinde sich augenblicklich in einer schweren Krise. Das könne sich einmal auch auf die Garantie des Völkerrundrats in bezug auf die Danziger Verfassung auswirken. Jetzt würde zwischen Genf und Berlin verhandelt. Man müsse hoffen, daß bald zwischen Berlin und Warschau verhandelt werde.

Zum Schluß forderte der Präsident des Senats alle Parteigenossen auf, trenn zusammenzutreten und auf den Führer zu vertrauen.

Die danzig-polnischen Devisenverhandlungen

Unterbrechung durch die Pfingstfeiertage

Die Pressestelle des Senats berichtet, daß bei den seit Dienstag in Gang befindlichen danzig-polnischen Verhandlungen über die Auswirkungen der polnischen Devisenwirtschaft auf Danzig beide Delegationen ihren Standpunkt und ihre Wünsche in den ersten Sitzungen vorgetragen haben. Die Aussprache habe ergeben, daß ein großer und zum Teil recht schwieriger Fragenkomplex zu behandeln ist und daß man mit Verhandlungen von längerer Dauer rechnen muß. Deshalb werde zur Zeit angestrebt, nach Möglichkeit einzelne besonders dringliche Angelegenheiten einer alsbaldigen, wenn auch vielleicht erst provisorischen Regelung zuzuführen, um dadurch die nötige Bewegungsfreiheit zu gewinnen, um den umfangreichen Verhandlungsstoff in Ruhe und mit der gebotenen Gründlichkeit zu erledigen. Infolge der bevorstehenden Pfingstfeiertage werden die Verhandlungen unterbrochen werden. Es wird erwartet, daß die Danziger Delegation heute nach Danzig zurückkehrt. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Verhandlungen in Danzig fortgesetzt werden.

Auswirkungen der polnischen Devisenmaßnahmen auf Danzig

Für den Export über Danzig beginnen sich jetzt schon die ersten Schwierigkeiten infolge der Ausfuhrkontrolle zu zeigen. Die ersten für Danzig bestimmten Waggons, bei denen zugleich mit dem Frachtbrief nicht die erforderliche Währungsbescheinigung vorgelegt werden konnte, sind in Warschau schon angehalten worden. In Kreisen der Danziger Speditionen beklagt man unsere Beschränkungen, daß die Notwendigkeit der Währungsbescheinigungen eine Stärkung Obingens zur Folge haben dürfte, weil beim Export über Obingen die Währungsbescheinigung erst bei der Schiffsverladung erforderlich ist, während sie bei der Verladung über Danzig an der Grenze zugleich mit der Ware eingereicht werden muß, was z. B. im Holzhandel nicht möglich sein soll.

Auch für die Zukunft des Imports äußert man Besorgungen. Man glaubt angefaßt der auch aus dem letzten Ausweis der Bank Polsti wieder erschöpflichen angespannten Devisenlage Polens, daß eine weitere Drosselung der Einfuhr stattfinden wird, die naturgemäß die auch jetzt schon nicht gerade gute Wareneinfuhr über Danzig weiter in Mitleidenchaft ziehen würde. Auch sollen sich schon Schwierigkeiten bei der Devisenzuteilung für den Import nach Polen zeigen, die gleichfalls wenig günstige Folgen nach sich ziehen werden.

Neue Zeitungsbeschlagnahme

Die Eisenbahnerzeitung „Das Signal“

Durch Verfügung des Polizeipräsidenten ist das Organ des freigewerkschaftlichen Verbandes der Eisenbahn- und Hafenanschießbedienten, die Zeitschrift „Das Signal“, beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme wurde mit der Veröffentlichung eines Artikels über den Gewerkschafts-Gleichhaltungsprozeß begründet, jedoch hat die Polizei nicht angegeben, welche bestimmte Formulierungen in diesem Artikel Anlaß zu der Beschlagnahmeverfügung geben sollen.

Die Gerichte verlannten bisher in ihrer Rechtsprechung bekanntlich eine genaue Angabe der Gründe für die polizeiliche Beschlagnahmeverfügung.

Ein Lob für die Gewerkschaften

Durch einen Nationalsozialisten

Schon einmal beschäftigte sich das Arbeitsgericht mit der Klage des Maschinenbauers Engels gegen den Danziger Hafenaussschuß. Die Verhandlung wurde gestern zu Ende geführt. Der Kläger war 17 Jahre beim Hafenaussschuß beschäftigt gewesen und im Februar d. J. auf eigenen Wunsch entlassen worden. Nach seiner Entlassung klagte er gegen die Verwaltung, weil er einen zu geringen Lohn erhalten habe. Der Streit ging im wesentlichen um den Begriff Vorkhandwerker, denn der Kläger will als solcher seit 1928 beschäftigt worden sein. Auch legte er Wert, als Motorenmaschinist zu gelten, was im Zeugnis vermerkt werden sollte. Die Vernehmung der Zeugen nahm über zwei Stunden in Anspruch. Alle sagten übereinstimmend aus, daß E. wohl hin und wieder bei Reparaturarbeiten eine kleine Kolonne von Handwerkern gehabt habe, aber niemals als Vorkhandwerker bekannt oder angesehen worden sei. Auch der Vertreter des Hafenaussschusses, Verwaltungsrat Smolowski, machte dahingehende Ausführungen. Während die meisten Zeugen sich äußerst sachlich äußerten, schweigten jedoch zwei von ihnen etwas ab. Der Zeuge Pleger, der dreizehn Jahre radikaler Kommunist, zwei Jahre SPD-Mann war und seit dem „Anbruch“ strammer SA-Mann ist, benutzte seine Vernehmung, um auf die früheren freien Gewerkschaften zu schimpfen. Er meinte, die Gewerkschaften hätten eine Beschwärde, die er einmal in der Frage der Vorkhandwerker erhoben hatte und die ihn selbst betraf, nicht scharf genug verfolgt. Dr. Pirf zweifelte etwas an den Worten des Zeugen, denn ihm sei bekannt,

daß die früheren freien Gewerkschaften besonders energisch und hartnäckig die Interessen ihrer Mitglieder vertreten hätten.

Es müsse daher ein besonderer Grund vorgelegen haben, der das Verhalten der Gewerkschaft erkläre.

„Von mir aus...“

Musiker und nationalsozialistischer Amtswalter / Die Internationale und die Marseekasse

Vor der Vierten Kleinen Strafkammer, Vorsitzender Landgerichtsrat Wiebe, kam eine Berufungsverhandlung zur Durchführung, die insofern besonders interessant ist, als zum ersten Male vor einem Danziger Gericht ein Mann freigesprochen wurde, von dem feststeht, daß er in einem Lokal die Internationale gesungen hat. Das Singen der Internationale wurde nicht als Störung der öffentlichen Ordnung angesehen. Das Gericht war ferner der Meinung, daß dadurch kein besonderes Staatsinteresse gefährdet wurde.

Es handelt sich um einen Vorfal, der sich im Frühjahr dieses Jahres in einem Lokal in Langfuhr abgespielt hat. Der 29 Jahre alte verheiratete Geschäftsmann Willi D. hatte eine Bierreise unternommen und war gegen 9 Uhr abends in stark angetrunkenem Zustande in das betreffende Lokal gekommen. Er legte sich auf einen Hocker an die Bar, und nach einer Weile begann er auch zu singen.

Er sang Bruchstücke der Internationale, insbesondere aber den Refrain.

Der Portier des Lokals hat nun neben seinen eigentlichen Aufgaben auch dafür zu sorgen, daß Ruhe herrscht. Er verbietet das Singen im Lokal. Auch das Singen von nationalsozialistischen Kampfliedern, die D. im Anschluß an die Internationale angestimmt hatte. Damit war die Sache erledigt, der Kaufmann entschuldigte sich mehrere Male, daß er sich überhaupt bemerkbar gemacht habe und ging nach Hause.

Unterwegs wurde D. von einem Schupobeamten verhaftet. Der Beamte war von dem 28 Jahre alten Musiker Kurt Binder herbeigeholt worden. Binder, ein nationalsozialistischer Amtswalter, hatte angeblich an dem Singen der Bruchstücke aus der Internationale Anstoß genommen. D. mußte vor dem Schnellrichter und wurde wegen Verstoßes gegen den § 130 Abs. 2 an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von sechs Wochen zu 210 Gulden Geldstrafe verurteilt.

Die Berufungsverhandlung am gestrigen Donnerstag brachte aber ein aufschlußreiches Bild von dem Charakter des Musikers Binder. Es waren zu dieser Berufungsverhandlung zahlreiche Zeugen geladen. Es wurde von Rechtsanwält Dr. Kamnitzer, dem Verteidiger des angeklagten Kaufmanns, behauptet, daß der Musiker Binder gar nicht ein so überzeugungstreuer Mann sei, der an dem Singen der Internationale Anstoß nehmen könne, was folgender Vorfal beweise: Einige Tage vor dem Besuch des Angeklagten ließ der Musiker Binder mit einem Gast an einem Tisch. An diesem Tisch hatte auch ein Büfettiralein Platz genommen. Der Gast war recht spendabel. Binder war, obwohl im Dienst, schon angetrunken.

Dieser Gast gab 10.— Gulden für das Spielen der „Marseekasse“.

Die Kapelle nahm daran, obwohl die „Marseekasse“ doch auch ein revolutionäres Lied ist, keinen Anstoß, sondern erfüllte den Wunsch Binders, einen solch leichten Verdienst nicht verschmähen, wollte den Gast amüsierten, weitere Wünsche zu äußern. Er fragte ihn, ob er noch etwas anderes gespielt haben wolle. Der Gast antwortete: „Spielt mir ein wenig die Internationale!“ Nach den Aussagen des an dem Tisch sitzenden Büfettiraleins hat der Nationalsozialist und Amtswalter Binder gesagt: „Von mir aus...“ Binder hat dann noch gefragt: „Dafür wollen Sie auch 10.— Gulden geben?“ Binder selbst ist der Meinung, daß er diese Frage nur ironisch gemeint habe. Rechtsanwält Dr. Kamnitzer war jedoch nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme der Meinung, daß

Binder sich nur vergewissern wollte, ob der Gast auch für das Spielen der „Internationalen“ 10.— Gulden zu zahlen bereit wäre.

Der Verteidiger wies auch darauf hin, daß das Obergericht dem § 130 Abs. 2 eine Definition gebe, die vor allen Dingen den Tatbestand der Öffentlichkeit verlange. Das liege in diesem Falle nicht vor, denn in dem Lokal war nur ein Gast anwesend, der, obwohl Nationalsozialist, als kluger Mann nichts gehört hat und keinen Anstoß nahm. Außerdem verlange der § 130 den Vorfall, daß der Täter die Absicht gehabt habe, wesentliche Interessen des Staates zu gefährden und die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören. Es würde um den Staat schlecht bestellt sein, der

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende das Urteil: Der beklagte Hafenaussschuß wird verurteilt, an den Kläger die Summe von rund 145 Gulden zu zahlen, das ist der Mehrlohn für ein Jahr, den der Kläger, weil er mindestens diese Zeit als Vorkhandwerker gearbeitet hat, zu beanspruchen habe. Ferner wurde ihm ein abgeändertes Zeugnis zugesprochen, in dem die Bezeichnung Vorkhandwerker enthalten ist, auf das Präsidat Motorenmaschinist habe der Kläger jedoch keinen Anspruch. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Entscheidung für den Hafenaussschuß wurde das Urteil für Berufungsfähig erklärt.

139 Eisenbahner klagen

Wegen ihrer Entlassung

Die Klagen von Eisenbahnern vor dem Arbeitsgericht wegen ihrer Entlassung werden immer zahlreicher und nehmen größeren Umfang an. Am Donnerstag fand wieder eine Verhandlung statt, in der 139 Kläger auftraten, die von Schubert von der Arbeitsfront vertreten wurden. Es handelt sich um Entlassungen, die in der Zeit vom April 1934 bis Dezember 1935 erfolgt sind. Die Klage geht um Nichtigerklärung der Kündigung und um Lohnzahlung bis jetzt. Das Arbeitsgericht, unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Pirf, teilt die Kläger in zwei Gruppen, der zeitlichen Entlassung nach. Die Beweisaufnahme wird nicht eröffnet, sondern es kommt zu einer Vertagung bis zum 27. Juni bzw. 4. Juli 1936. In der Zwischenzeit sollen sich die Parteien auf die eingereichten Schriftsätze äußern. Die Kläger werden aufgefordert, eine genaue Aufrechnung ihrer Lohnansprüche zu machen. Außerdem soll, wie im schon schwebenden Prozeß von 123 Klägern, wieder eine Auskunft des Danziger Eisenbahnbelegierten bei den Polnischen Staatsbahnen eingeholt werden, und zwar in Form einer Aufstellung der Entlassungen, Einstellungen und Verletzungen in der Zeit vom April 1935 bis Mai 1936 mit genauen Personalien und Familienvorfällen.

In Anbetracht der großen Zahl der Kläger war die Verhandlung in den Schwurgerichtssaal verlegt worden, dessen Zuschauerränge jedoch nicht vollständig besetzt waren.

durch das Singen von Bruchstücken der russischen Nationalhymne in Gefahr gerät.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Hoffmann, wollte die Strafe aufrecht erhalten wissen. Assessor Hoffmann widersprach sich jedoch, denn er sagte, daß das Singen der Internationale in einem Einzelfall keine Interessen des Staates gefährden könne, worauf ihm Dr. Kamnitzer zur Antwort gab, daß logischerweise Assessor Hoffmann dann Freispruch hätte beantragen müssen. Das Gericht kam zu einem Freispruch. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Wiebe, betonte, daß keine besonderen Staatsinteressen sichtbar gewesen sind, die geschützt werden müßten. Es sind keine anderen Interessen gefährdet gewesen als allgemein polizeiliche.

Oberbürgermeister Temp zum Fremdenverkehr

Eine Rede in Zoppot

In Zoppot wurde vor einigen Tagen das neue Kurhaus-Café eröffnet. Dabei nahm Zoppots neuer Oberbürgermeister Temp das Wort, um einige Ausführungen über den Zweck des Neubaus zu machen. Er betonte dabei, daß das Dörschbad Zoppot, das bereits vor dem Kriege selbst bei seinem damals schon spürbaren internationalen Einschlag vor allem Wert darauf legte, das ferische und vornehmende deutsche Bad zu sein, ebenso heute Wert darauf legt, vor allem deutsches Publikum anzuziehen. Das neue Kurhaus-Café soll vor allem dazu beitragen, daß die deutschen Blutsbrüder aus dem Vaterland, die durch die Ausfüllung reichsdeutscher Bäder verwöhnt sind, in diesem komfortablen Kaffee eine neue Steigerung jener Ansprüche setzen, die man nur von einem deutschen Kurort, der sich Weltbad nennt, verlangen kann. Das Kurhaus-Café soll deshalb ein Aushängeschild des deutschen Charakters unseres Dörschbades sein und zum Treffpunkt des ferischen deutschen Publikums werden.

Ob Herr Temp mit derartigen Ausführungen der Stadt Zoppot wirklich einen Dienst erweist, erscheint uns sehr fraglich. Ganz abgesehen von der sachlichen Unbegründetheit der Ausführungen über den Vorkriegsbesuch Zoppots, sind auch die weiteren Ausführungen geeignet, Zoppots Fremdenverkehr zu beeinträchtigen. Herr Temp war vor dem Kriege ja noch sehr jung, sonst würde er vielleicht aus eigenem Augenschein wissen, daß Zoppot seiner ganzen geographischen Lage entsprechend schon damals weniger von deutschem Publikum als hauptsächlich von russischen und polnischer Badegästen aufgesucht wurde, auf denen die damalige Aufschwung Zoppots beruhte. Und in diesen Verhältnissen hat sich nach dem Kriege kaum etwas geändert. Denn eine schlechte Sommerzeit in Zoppot war immer dazu zu verzeichnen, wenn infolge irgendwelcher Gründe der Fremdenverkehr aus Polen zurückging. Wenn Herr Temp also derart eindeutig betont, daß Zoppot vor allem auf deutsche Besucher Wert legt, dann müßte er mit solchen unnützen Unterstellungen Zoppot keineswegs. Das haben die „Danziger Neuesten“ auch durchaus gespürt, die diese Ausführungen des Zoppoter Oberbürgermeisters einfach unter den Tisch fallen ließen, die in sehr merkwürdiger Gegenfah zu der von Zoppot in Polen getriebenen Propaganda stehen. Denn der Wert, den Zoppots Kurverwaltung und Spielklub auf den Besuch polnischer und jüdischer Gäste legen, wird am besten dadurch bewiesen, daß von dieser Seite aus Werbeemskate nicht nur in polnischen, sondern auch in jüdischen Zeitungen ausgegeben werden. Dem Zoppoter Fremdenverkehr, der im Zeichen gesteigerten Dawisenzulusses heute doppelt wichtig für den ganzen Danziger Staat ist, wird durch Ausführungen wie die oben wiedererzählten, kein Dienst geleistet.

Sozialdemokratische Versammlung für die Niederstadt

Die monatliche Mitgliederversammlung des Bezirks Niederstadt fand am Montag, den 25. Mai, statt. Nach der Einführung von neuen Mitgliedern sprach der Abgeordnete Wiechmann über „Genf und die Danziger Fragen“. Geprüft wurde die Parteiarbeit auf diesen Gebieten des Berufungskampfes. Die Versammlung behandelte durch reichen Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen. Nach Erledigung der Bezirksangelegenheiten schloß der erste Vorsitzende die Versammlung.

Sinkende deutsche Reallöhne

Interessante Zahlen der deutschen Statistik - Einkommen weit unter 1929

Die schon wiederholt getroffenen Feststellungen über den Rückgang der Reallöhne im Dritten Reich werden jetzt durch eine Veröffentlichung des deutschen Instituts für Konjunkturforschung bestätigt. Wenn das Institut für Konjunkturforschung, z. B. berechnet, daß das Einkommen der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten (ohne Pensionen) im Jahre 1935 auf 31,76 Milliarden RM. gegenüber erst 29,79 Mrd. im Jahre 1934 und 26 Mrd. auf dem Krisenstand von 1932 angeht, so hört sich das zwar recht imponierend an. Man muß aber dabei berücksichtigen, daß das gesamte Arbeitseinkommen im letzten Konjunkturfahr 1929, unter der „marxistischen Mißwirtschaft“ 44,47 Mrd. betrug. Gewiß, seit 1932 hat hiernach eine Zunahme der Nominaleinkommen aus Lohn und Gehalt um 22,1 Proz. stattgefunden, aber in der gleichen Zeit ist nach den Angaben der Frankfurter Statistik die Anzahl der Beschäftigten um 35,6 Prozent von Anfang 1933 bis Ende 1935 gestiegen.

Der Einkommensanstieg bleibt also um 15,5 Prozent hinter der Mehrbeschäftigung zurück,

woraus sich ergibt, daß das Durchschnittseinkommen in gleichem Maße gesunken ist. Folgt schon hieraus, daß die Einkommen langsamer als die Anzahl der Beschäftigten gestiegen sind, so wird dies noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß die Zunahme der Einkommen wenigstens zum Teil auf neu eingestellte Soldaten entfällt, die ja in der Krankenkassenstatistik nicht enthalten sind. Selbst in einer Klammernbemerkung macht das Konjunkturinstitut darauf aufmerksam, daß bei der Einkommenszunahme nur der Nominalbetrag der Löhne Berücksichtigung gefunden hat ohne Rücksicht auf die Preisbewegung und Sozialabzüge. Gerade dies ist aber sehr wesentlich, wenn die Entwicklung der Reallöhne, d. h. der wirklichen Kaufkraft der Löhne, des einzigen, was ja wirklich interessiert, ermittelt werden soll!

Nach einer Berechnung der Reichs-Kredit-Gesellschaft ist allein im letzten Jahr die Kaufkraft durch Preisrückstellungen, insbesondere bei Agrarprodukten, um 1 bis 1,2 Mrd. RM. beansprucht worden, die erwarteten Unterhaltungsabgaben werden auf knapp 1 Mrd. RM. veranschlagt und die erhöhten Lohnneuzuwächse und Sozialversicherungsbeiträge auf etwa 0,5 Mrd. Es sind dies insgesamt rund 2 1/2 Mrd., und wenn diese von der Steigerung des Nominaleinkommens seit 1932 um 5,7 Mrd. RM. abgesetzt werden, ergibt sich bestenfalls eine Erhöhung der Nettoeinkommen um 3 Mrd. auf schätzungsweise 29 Mrd. RM.

Dies wäre eine Zunahme des Bruttoeinkommens um ungefähr 12 Prozent, die im starken Gegensatz zu der ungefähr dreimal so großen Steigerung der Anzahl der Beschäftigten steht.

Im vierten Vierteljahr 1935 ist nach den Berechnungen des Konjunkturinstituts das Nominaleinkommen aus Lohn und Gehalt um 193 Mrd. RM. gegenüber dem dritten Quartal gesunken. Diese Abnahme beruht zweifellos zum Teil auf der in dieser Jahreszeit üblichen Verminderung von Produktion und Beschäftigung. Der Rückgang ist aber weit stärker als in sämtlichen drei vorhergehenden Jahren, wenn er auch niedriger als in den Krisenjahren ist. Die Zunahme der Nominaleinkommen betrug im letzten Jahre 6,8 Proz. gegenüber 13,1 Proz. im Vorjahre, so daß sich der Anstieg gerade halbiert hat, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß durch die teilweise Einrechnung der Einkommen neu eingestellter Soldaten und durch den Einkommenszuwachs infolge der Saar-Rückgliederung um mehr als 200 Mrd. RM. dieses Verhältnis eine gewisse Verzerrung erfahren mag.

Bemerkenswert sind die, wenn auch nicht sehr zuverlässigen, Angaben über die Lohnentwicklung im einzelnen auf Grund der Beitragsabgaben zur Invalidenversicherung. Hiernach erhielten im Jahre 1935

55 Proz. aller Arbeiter weniger als 24 RM. Wochenlohn, während es 1933 noch 63 Prozent waren, in der Zwischenzeit sind aber die Lebenshaltungskosten bekanntlich stark gestiegen. Auch der jetzige Satz von 24 RM. für mehr als die Hälfte aller Arbeiter ist außerordentlich niedrig. Es sei wahrscheinlich, daß der tatsächliche Stundenlohn der Industriearbeiter von Mitte 1933 bis Ende 1935 im Durchschnitt um ungefähr 3 bis 4 Prozent gestiegen sei, eine Erhöhung, die allerdings bei weitem nicht mit der Vertenerung der Lebenshaltung und den gesteigerten Ausgaben (Sozialversicherungen, Steuern, Partei- und Organisationsbeiträge, freiwillige Spenden usw.) Schritt gehalten hat. Kennzeichnend hierfür ist auch eine andere Berechnung des Konjunkturinstituts, wonach die wertmäßigen Gesamtumsätze des Einzelhandels, in denen sich in unmittelbarer der Verbrauchsüberprüfung, von 1932 bis 1935 nur um 11 Prozent zugenommen haben, in der gleichen Zeit, in der wie oben erwähnt, der Normallohn um 22,1 Proz. oder das Doppelte gestiegen ist.

Mit Recht betont das Institut daher auch, daß von der Einkommensentwicklung der Verbraucher und damit der Lebensstandard des Volkes abhängt, und daß in diesen Einkommensverhältnissen die Beschäftigten im Verbrauch, die gerade heute an der Tagesordnung sind überhaupt nicht zum Ausdruck kommen. Wenn hierbei

an die Einkommensrückgänge gedacht wird, die sich große Teile der Bevölkerung jetzt momentell in Bezug auf den Konsummittelverbrauch anerkennen müssen,

ganz zu schweigen von anderen Einschränkungen, so dürfte dies in härtester Weise kennzeichnend für die Einkommensentwicklung sein als die vorhergehenden Berechnungen des Konjunkturinstituts. Dieselben Vorbehalte sind natürlich auch hinsichtlich der auf den offiziellen Unterlagen fußenden Berechnungen des deutschen Volkseinkommens zu machen, das für 1935 auf etwa 58 Milliarden RM. geschätzt wird, gegenüber etwa 52 Mrd. RM. im Jahre 1934 und 45 Mrd. RM. im Jahre des Krisenjahres 1932. Es hätte somit eine nominelle Zunahme des Volkseinkommens um knapp 11 Mrd. RM. stattgefunden. Allerdings wäre auch damit noch nicht wieder der Stand des Jahres 1929 von 78 Mrd. RM. oder gar derjenige des Jahres 1929 von 78 Mrd. RM. erreicht worden. Die statistischen Schilderungen der Lage des deutschen Arbeiters, wie sie von Zeit zu Zeit auch durch die Danziger nationalsozialistische Presse gesehen werden durch die obigen amtlichen deutschen Statistiken sehr klar auf ihren wirklichen Inhalt zurückgeführt und als reine Propaganda enthüllt. In Wirklichkeit ist die Lage der deutschen Arbeiterschaft in immer vornehmbarer Weise verschlechtert worden und der Großteil der beschäftigten Arbeiter auf ein Lebensniveau herabgedrückt worden wie es früher noch nicht einmal einem Erwerbslosen geboten wurde.

Ueber 30 Prozent Abzüge

Vom Lohn der deutschen Arbeiter

Schon oft ist Gelegenheit gewesen, auf die schlechten Einkommensverhältnisse der Arbeiter in Deutschland hinzuweisen; an zahlreichen Einzelbeispielen konnte im Einzelnen nachgewiesen werden, daß das Realeinkommen breiter

Schichten der Arbeiterschaft die Höhe der Erwerbslosenunterstützung nur unwesentlich übersteigert.

Die Abzüge vom Einkommen sind außerordentlich hoch; diese Tatsache wurde kürzlich in der Sitzung einer Einrichtung des Dritten Reichs ausgeführt. Auf der letzten Tagung des Reichsarbeits- und Wirtschaftsrates in Berlin hielt der Betriebsführer der Bapeleischen Stickstoffwerke, Wotfke, einen Vortrag über den Lebensstandard des deutschen Arbeiters. Diese Rede wird jetzt erst in den „Akademischen Blättern“ veröffentlicht. Aus ihr geht hervor, daß vom Nettoeinkommen des deutschen Arbeiters über 30 Prozent auf Abzüge aller Art fallen. 9 Prozent werden für Krankentafelbeiträge, für die Arbeitslosen- und Invalidenversicherung abgezogen, 13 Prozent betragen die verschiedenen Steuern, wie Bürgersteuer, Wohnsteuer und Kirchensteuer, weitere 8,4 Prozent von seinem Bruttoeinkommen muß der deutsche Arbeiter für die Arbeitsfront, die NS-Volkswirtschaft, für die nationalsozialistische Tageszeitung und für den Besuch von Veranstaltungen ausgeben. Wenn zu diesen Abzügen nicht noch außerordentliche Verpflichtungen hinzutreten, was in Anbetracht der zahlreichen Sammlungen für die Winterhilfe, den Luftschutz usw. fast allmonatlich der Fall ist, so verbleiben dem Arbeiter nach diesen offiziellen Angaben nur noch 69,6 Prozent seines Nominaleinkommens.

Zeitgemäße Vorführungen

Eine „Luftsport-Jugendwoche“

In der Zeit vom 16. bis 24. Mai fand unter Leitung der Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen eine „Luftsport-Jugendwoche“ statt. Nach Abschluß der Luftmärsche, Ansprachen und Wettbewerbe, durch welche die Jugendlichen mit allen Formen des militärischen Flugwesens bekannt gemacht und ihre bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete geprüft werden, war für Sonntag, den 24. Mai, auf dem Flugplatz Mannheim, unter Mitwirkung des Infanterie-Regiments 110 und anderer Mannheimer Truppenteile, ein „Großes Schlachten-Feuerwerk“ angekündigt, dessen Programm unter dem Titel: „Ein Großkampftag an der Front“ folgende Punkte vorzählt:

1. Morgenrot zeigt den Beginn des Schlachtentages an...
2. Weiße Rauchfingeln erkunden das Gelände.
3. Feindliche Patrouille wirft Handgranaten.
4. Maschinengewehrfeuer antwortet darauf.
5. Alarm in den Stellungen. Durch Nebelhornstreifen und heulende Luftgranaten.
6. Feindliche Artillerie setzt ein...
7. Rote Rauchfingeln fordern eigenes Sperrfeuer an...
8. Eigene Artillerie greift in den Kampf ein...
9. Schwere feindliche Batterien unterstützen den Angriff.
10. Eigene Batterien und schwere Maschinengewehre unterstützen den Angriff.
- 11.minenwerfer und Flammenwerfer unterstützen den Kampf.
12. Feindliche Flieger werfen Bomben und bestreuen die ganze Stellung mit Feuerregen.
13. Der ganze Frontabschnitt ist ein Feuermeer...
14. Großes Bombardement mit fliegenden Feuerlöpfen, klappernden und zischenden Kugelblitzbomben, Zersplitterbomben, Torpedoraketen, Taifun-Bomben, Bor-Arthur-Bomben, Rohrbatterien mit Blitz und Knall, Batterien mit Blitz und Donner, Batterien von Parier-Blitz-Donnerlägen, Batterie mit mächtigen Feuerlöpfen, Batterie mit Donnergranaten.
15. Die Schlacht ist geschlagen. Der Sieg ist erfochten. Riesenverwandlungsbomben werfen einen großen Blumenstrauß als Siegestrophäe vom Himmel.
16. Nach kurzer Pause: Drei große Schluchgranaten.

Der Blumenstrauß vom Himmel; manch einer der jugendlichen Teilnehmer wird sich selbst als Held der Schlacht betrachtet haben und den Krieg in diesem romantischen Zauber sehen. Aber man hätte nicht vergessen sollen, neben dem Schlachtengetöse das Schreien der Verwundeten, das Klagen der Witwen und das Weinen der Kinder aufzuführen. Dann würde das „Große Schlachtenfeuerwerk“ noch naturgetreuer wirken.

Staatsanwalt beruft sich auf den Salmbud

In einem Prozeß gegen jüdische Kaufleute

Die drei Brüder Heymann von der Firma gleichen Namens, die internationalen Ruf genies, mußten vor der Strafkammer des Danziger Gerichts erscheinen. Sie wurden beschuldigt, ihre Firma „getarnt“ zu haben, um sie als „deutsches Unternehmen“ gelten zu lassen. Der Prozeß ist in den Annalen der deutschen Rechtsprechung ohne Beispiel: es ist das erste Mal, daß ein Staatsanwalt sich auf den Salmbud berufen hat. Als die Neugenaussagen die Unschuld der Angeklagten darlegten, behauptete der Staatsanwalt irrtümlicherweise, daß der Salmbud den Juden gestalte, die Nichtjuden zu betrügen. Er zitierte den Salmbud nach dem „Stürmer“ und verlangte von dem Gerichtshof, diese Klage so zu betrachten, daß jedes jüdische Zeugnis unglaubwürdig sei. Der „Stürmer“ hat recht, wenn er in Nr. 19 1936 schreibt, daß solche Gründe vor einem deutschen Gericht noch niemals angezogen worden sind. Einer der Angeklagten wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, die beiden anderen mußten freigesprochen werden.

Eine politische Sicherheitsverwahrung

Nach Verbüßung der Strafe nochmals verurteilt

Das Reichsgericht hat die Revision des 33 Jahre alten Erwin Rüdert gegen das Urteil der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin vom 29. Januar 1936 als offensichtlich unbegründet verworfen.

Rüdert gilt bei den Nationalsozialisten als einer der Mörder Horst Wessels. Er war am 14. Januar 1930 mit 111 Schlägern in das Zimmer Horst Wessels eingedrungen und dann geflüchtet, nachdem Schläger auf Horst Wessel geschossen hatte. Rüdert wurde damals halb gefast und am 26. September 1930 von dem Schwurgericht wegen gemeinschaftlichen Totschlags und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einer Gesamtsstrafe von sechs Jahren und einem Monat Haftstrafe und fünf Jahren Erwerbsverlust verurteilt. Diese Strafe hatte er am 19. Januar 1936 verbüßt. Um Rüdert zu erledigen, ist dann auf Betreiben der Nationalsozialisten Rüdert, der keine Strafe ja bereits verbüßt hatte, nochmals dadurch verurteilt, daß man ihn dann durch Urteil vom 29. Januar 1936 für einen gemeingefährlichen Gewohnheitsverbrecher erklärte und gegen ihn die nachträgliche Sicherheitsverwahrung anordnete. Nachdem nunmehr das Reichsgericht die von Rüdert gegen dieses Urteil eingelegte Revision verworfen hat, tritt die Anordnung der Sicherheitsverwahrung sofort in Kraft.

Sensation in London

Fürstentum im Savoy-Hotel - Das Ende der Erbfeindschaft zwischen Astoria und Kravonia

MTP. London, Mitte Mai.

Die Londoner „Season“ befindet sich, wie alljährlich Mitte Mai, auf ihrem Höhepunkt. Festvorstellungen, Balls, Pferderennen, Empfänge jagen sich. In diesem Jahr gab es eine besondere Sensation: ein festlicher Empfang, verbunden mit einem opulenten Mahl im Savoy-Hotel, dem fashionschicksten Hotel Europas, veranstaltet vom Gesandten des Staates Astoria.

Der Staat Astoria ist ein Königreich, und der ihm benachbarte Staat Kravonia ist ebenfalls ein Königreich. Beide Länder sind seit Jahrzehnten verfeindet, vor sechs Jahren kam es zu schweren Grenzverletzungen, nur mit Mühe konnte ein Krieg verhindert werden, der zweifellos auch einige europäische Länder mit hineingerissen hätte. Nun aber ist ein besonderes Ereignis eingetreten: die älteste Tochter des Königs von Astoria hatte sich mit dem Erbprinzen von Kravonia verlobt. Sie hatten sich beide zufällig beim Polo kennengelernt und sich, trotz der Feindschaft der beiden Länder, in einander verliebt. Das war ein politisches Ereignis, und der Londoner Gesandte von Astoria gab deshalb ein großes Diner im Savoy-Hotel.

Es kamen über hundert Menschen. Vertreter anderer Gesandtschaften, die hauptsächlich ihre jungen Attaches geschickt hatten, sehr viele bekannte Köpfe der Londoner Kunstwelt, zahlreiche Lords und noch mehr Südamerikaner mit ihren brillantengeschmückten Frauen. Es war ein wundervolles Bild. Am besten sah der Gesandte von Astoria aus, ein feiner grauhäutiger Diplomat im tadellosen Frack, neben ihm machte die Honneur seine entzückende junge blonde Frau, die mit außerordentlicher Gewandtheit last sämtliche europäischen Sprachen sprach.

Nach dem Kaviar erhob sich der Gesandte von Astoria und sprach: „Meine Damen und Herren! Die Verlobung der Prinzessin von Astoria mit dem Erbprinzen von Kravonia ist, wie Sie ja wissen, ein außerordentlich wichtiges politisches Ereignis. Die alte Erbfeindschaft ist begraben. Der Frieden zwischen den beiden Ländern und damit auch der Frieden der Welt ist gesichert. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plänen zu erheben und mit mir auf das Wohl des jungen hohen Paares und des Landes Astoria anzustoßen!“

Und also geschah es. Es herrschte Jubel und Rührung. Die ersten Photographien des jungen Paares, die der Gesandte mitgebracht hatte, gingen von Hand zu Hand. Ein reicher brasilianischer Kaffeeplantagenbesitzer rege an, unter den Gästen eine Sammlung zu veranstalten, um dem Paare ein kostbares Hochzeitsgeschenk zu schicken. Die anmutige Gattin des Gesandten sammelte auf einem Teller die Scherf. Der Gesandte von Astoria selbst zog den Plantagenbesitzer, der eine wirklich beträchtliche Summe gesammelt hatte, beiseite:

„Mein lieber Freund, Sie haben sich außerordentlich um unser Land verdient gemacht. Die Regierung von Astoria weiß Ihre Dienste zu schätzen, und ich glaube, Ihnen versprechen zu können, daß man für Sie in allernächster Zeit einen Gesandtenposten wird freimachen können.“ Der Brasilianer verbeugte sich geschmeichelt.

Das Diner war wundervoll, aber das waren die Gäste der Empfang: die Empfänge des Gesandten von Astoria in dem herrlichen Gesandtschaftspalast in einer der vornehmsten Straßen des Londoner Westens waren schon seit zwei Monaten bekannt in ganz London. Man traf dort die reichsten Ausländer mit ihren Familien, vor allem mit ihren Töchtern, die sich nicht mit den Attaches der Gesandtschaft von Astoria anfreundeten, sondern auch mit denen der anderen Gesandtschaften Bekanntschaften schloßen. Es gab herrliche Konzerte und Tanzabende, und der Gesandte selbst und seine Gattin waren die lebenswürdigsten und elegantesten Gastgeber der gesamten diplomatischen Gesellschaft Londons. Am Tor des Gesandtschaftsgebäudes glänzte in Gold, weißlich sichtbar, das Wappen Astorias, ein Adler mit einem blauen Band, und auch die Einladungskarten, auf herrlichem Papier gedruckt, trugen dieses Wappen. Die Sprache des Landes war eigenartig. Zum Beispiel lautete der Text der Einladung zur Feier im Savoy-Hotel folgendermaßen:

„Ergrüßte von le marzein ap pondara gratis del Astoria et Kravonia. Nui kleine des tieraras af mavier Kaiserli Alexis ap Kravonia va grafnis. Elna cour Astoria ne lasq mia pronta tempo. Nur eis an lapidos.“

Aber die Sprache der Bewohner von Astoria war nicht wichtig; man sprach auf der Feier englisch, französisch oder spanisch und unterhielt sich vorzüglich.

Zwei Tage nach dem Festessen begab sich der brasilianische Plantagenbesitzer mit einigen seiner südamerikanischen Freunden zur Gesandtschaft von Astoria, um einige geschäftliche Angelegenheiten zu besprechen. Vor der Tür standen zwei Policemen, das Wappen von Astoria war entfernt, an seiner Stelle fand sich ein Schild: „Zu vermieten!“

Der Staat Astoria ist ein Phantasiereich einer junger Attaches verschiedener in London stationierter Gesandtschaften, die sich den Spaß machen wollten, einige Fremde an der Nase herumzuführen. Es gibt überall, und besonders in London, reiche Ausländer, die nichts schändlicher wünschen als die Luft der diplomatischen Welt einzatmen und wenn möglich noch ihre Töchter mit einem Diplomaten zu verheiraten. Den jungen Attaches gelang ihr Coup nur allzu gut: der Bon vivant eines Londoner Operntheaterbesitzers und eine junge Schauspielerin münzten das Gesandtenpaar von Astoria - sie sind übrigens heute spurlos aus London verschwunden - das Gesandtschaftsgebäude wurde für drei Monate gemietet; die Kosten für die Unterhaltung und für die zahllosen Empfänge und Diners, die von der „astorischen Gesandtschaft“ zwischen März und Mai gegeben wurden, trugen die Gäste, in erster Linie die Südamerikaner selbst, denn sie wurden ununterbrochen aufgefordert, für irgend welche Wohltätigkeitsvereine, Kinderheime oder Krankenhäuser in Astoria Summen zu zeichnen.

Das Leben und Treiben des Gesandten von Astoria fiel schließlich den anderen Gesandtschaften auf. Man ließ durch Beamte von Scotland Yard vorsichtig sondieren, denn es mußte ja ein öffentlicher Skandal vermieden werden. Die sechs bis acht jungen Attaches, die die Sache arrangiert hatten, mußten schließlich ihren Coup eingestehen. Einige sind verheiratet, andere bekamen nur einen schweren Knieel. Im ganzen wurde und wird die Sache verhasst. Niemand hat Anzeige wegen Betruges erstattet, denn keiner will natürlich heute dabei gewesen sein. Ernest Borth.

Verhaftung eines Mitschuldigen am Marzeller Königsmord. In Schladming in der Steiermark wurde auf Grund einer Anzeige aus jugoslawischen Kreisen der landwirtschaftliche Arbeiter Pavelich verhaftet und dem Kreisgericht Wecken angeführt. Die Anzeige behauptet, daß Pavelich in Verbindung mit dem Mord an König Alexander gehandelt habe. Gewisse Verdachtsmomente in dieser Richtung haben die Behörden bereits feststellen können.

Aus aller Welt

Wann wurden die Lichtbilder geknippt?

Weitere Zeugenvernehmung im Baunungsprozess

Am 26. Sitzungstag des Emsurprozesses wurde der Bauführer Joseph Bannard vernommen, der zu der Kolonne gehört, die die Verschönerungen (Andreasstrasse) zwischen den einzelnen Steifenlagen anzubringen hatte. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft befanden sich an der östlichen Mittelwand sowie in der Nähe des Dagerloches überhaupt keine Verschönerungen. Die Anlage stützt sich hierbei auf die am 16. August 1935 im Auftrag der Berlinerischen Baugesellschaft zu Werbezwecken aufgenommenen Lichtbilder. Der Zeuge Bannard behauptet, daß schon mehr Verschönerungen eingebaut waren, als auf den Lichtbildern sichtbar ist. Da erhebt sich jetzt die Frage, ob diese Lichtbilder etwa mit einem falschen Datum versehen sein könnten. Es sind nämlich bereits am 12. August — also acht Tage vor dem Emsurungslauf — Aufnahmen gemacht worden, die aber verrädet sind. Deshalb wurde am 16. August ein Teil der Aufnahmen wiederholt. Nach Ansicht der Verteidigung besteht die Möglichkeit, daß die vorliegenden Aufnahmen zu denjenigen gehören, die am 12. August gemacht wurden. Der Photograph, der die Aufnahmen gemacht hat, soll über diese Frage noch als Zeuge gehört werden.

In der Nachmittags-Sitzung wurde eine Reihe von Zeugen vernommen, die zu den Mitgliedern der Kolonne gehörten, die die Sicherungsarbeiten in der Baugrube auszuführen hatten. Der Schlosser Hermann Schmidt bezeugt, daß er noch eine Woche vor dem Unglück U-Eisen angebracht habe und daß zu dieser Zeit der Boden um die Trägerfüße noch sehr hoch gewesen sei. Ein Verteidiger fragt hierauf den Zeugen, wie er sich die Ursache des Einsturzes erkläre, worauf dieser angab, daß wohl die Erschütterung durch den starken Verkehr auf der Straße die Schuld daran trüge. Auf eine Frage des Verteidigers über die Beschaffenheit des Eisenmaterials erwiderte dieser Zeuge, daß das Material zwar nicht neu, aber auch nicht minderwertig gewesen sei.

Acht Jahre Zuchthaus für einen Vater

Das erste Urteil in dem Sittlichkeitsprozess gegen die Ordensbrüder

Gestern wurde das Urteil gegen die ersten Angeklagten in dem großen Sittlichkeitsprozess gegen die Ordensbrüder verkündet.

Der Angeklagte Bernhard Steinhoff, genannt Bruder Leonidill, wurde nach dem § 175 zu einer Gesamtstrafe von acht Jahren Zuchthaus verurteilt; in zwei Fällen ist das Verfahren eingestellt worden. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden dem Angeklagten Steinhoff auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt. Auf die Zuchthausstrafe wurden zwei Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Der Angeklagte Schröder wurde wegen fortgesetzten Vergehens gegen § 175 StGB zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten, der jugendliche Angeklagte Heinrich Br. zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten, der ebenfalls jugendliche Angeklagte B. zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt.

Todesfahrt eines Waffenschiffes

Der Dampfer „La Sainte Marie“ irrt seit mehreren Tagen mit einer Waffen- und Munitionsladung, die ursprünglich für Abessinien bestimmt war, in den englischen Gewässern umher. Es soll sich um ein englisches Schiff handeln, das angeblich von Finnland aus eine Fahrt nach Abessinien angetreten hatte. Als er auf dem Weg über verschiedene europäische Häfen in Gibraltar eingetroffen war, erfuhr der Kapitän, daß der abessinische Krieg zu Ende sei. Er beschloß daher, nach England zu fahren, um seine Waffenladung wieder los zu werden. Die Durchführung dieser Absicht ist ihm jedoch bisher nicht gelungen. Von Dungeness, das er zuerst anlief, wurde er zunächst nach der Insel Guern-

sen im Kanal verwiesen. Aber sowohl die Behörden von Guernsey als auch die der Insel Lundy im Bristol-Kanal verweigerten die Ausladung der Waffen. Die „Sainte Marie“ versuchte darauf gestern, ihre gefährliche Ladung auf der im Verwaltungsgebiet von Guernsey liegenden Insel Sark auszuladen. Das königliche Gericht in Guernsey schritt jedoch ein und verhinderte das Vorhaben; man nimmt an, daß sich das Schiff nunmehr nach London begeben wird. Die Ladung besteht aus Gewehren, Granaten, Brandbomben und Munition.

Kapitalflucht durch Briefmarken

Wie man aus Mark Gulden macht

Wir haben schon kürzlich ein hübsches Beispiel dafür gebracht, auf welche Schliche man in Deutschland kommt, um sein Geld aus Deutschland heraus in Sicherheit zu bringen. Zu dem Fall, in dem ein Stellenangebot im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht wurde und die 100-Mark-Scheine enthaltenen Werbungsbriefe im Umschlag der amtlichen NSDAP-Zeitung unkontrolliert ins Ausland gingen, wird jetzt ein neuer Fall bekannt. In Holland werden nämlich in der letzten Zeit sehr große Partien von den deutschen Olympia-Briefmarken zum Verkauf angeboten, die von Deutschen stammen, die auf diese anscheinend noch erlaubte Weise einen Teil ihres Vermögens ins Ausland transferieren. Die Marken werden zum Kurse von einer Mark gleich 38 Cent gehandelt, so daß bei diesem eigenartigen Transfer ein Verlust von mehr als einem Drittel entsteht. Wie auf der Markendörse verlautet, seien es nicht ausschließlich Emigranten, die von dieser Möglichkeit der „Flucht in den Gulden“ Gebrauch machen.

7 Tote bei der Testamentsöffnung

In Bagdad starb der feierliche Senator Noar Paari, der nicht weniger als fünfmal verheiratet gewesen war und 22 Söhne und 22 Töchter als Erben hinterließ. Bei seinem Tode versammelten sich die Selbstragenden noch vor der Bestattung im Trauerhause. Gegen hundertfünfzig Personen waren aus dem engsten Familien- und Freundeskreise zugegen.

Als der Testamentsvollstrecker die Bestimmungen über die Vermögensverteilung vorlas, erhob sich ein gewaltiger Streit. Die einen warfen den anderen vor, Erbschleicher zu sein, und schließlich arteten die gegenseitigen Beschuldigungen in mitleidige Tätlichkeiten aus, bei der auch Messer und Schußwaffen eine bedeutende Rolle spielten.

Auf den aus dem Hause bringenden Lärm eilte die Polizei herbei, die mit dem Gummiknüppel im Trauerhause Ruhe schaffen mußte. Bei dem Familienstreit waren sieben Personen getötet und sechzehn schwer verletzt worden.

Die Rache des verschmähten Fliegers

Der Flieger Charles O'Connor hatte sich mit einem schönen Mädchen verlobt. Über die Liebe war nicht recht haltbar. Wer die Schuld hatte war nicht zu ergründen, jedenfalls läßt die Braut das Verlöbniß auf. Der enttäuschte Geliebte rächte sich auf etwas eigenartige Weise. Er ließ von dem Bild seiner Braut 5000 Abzüge herstellen und mit dem Text versehen: „Ein verlobtes Mädchen“. Dann flog er mit seiner Flugmaschine auf und verstreute die 5000 Bilder über San Francisco. Die Rache kam ihm freilich teuer zu stehen, denn er wurde wegen schwerer Beleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Bericht des Untersuchungsamtes über den Verhaftungsfall ist fertiggestellt. Der richterliche Ausschuss zur Untersuchung des Verhaftungsfalls hat am Mittwochvormittag seinen Bericht fertiggestellt. Anschließend hielt das englische Kabinett unter Leitung des Ministerpräsidenten Baldwin eine Sitzung ab, in der das Ergebnis

zu dem der Untersuchungsausschuss gelangt ist, erörtert wurde. Ursprünglich war beabsichtigt, dem Bericht unmittelbar nach seiner Fertigstellung der Öffentlichkeit zu übergeben, doch scheint die Regierung eine vorüberige Kabinettsberatung hierüber für notwendig gehalten zu haben.

Banditenüberfälle auf mandschurische Bahn

Sehn Passagiere erschossen — Bombenanschlag auf Bahnstation

Am Dienstagabend wurden mehrere schwere Banditenüberfälle auf die Eisenbahnlinie östlich von Peking und Chabin verübt. Bei Sentaoh an der nordmandschurischen Bahn, etwa 500 Kilometer östlich von Chabin, zerstörten die angreifenden Banditen die Gleise und beschossen dann einen entgleisten Zug. Dabei wurden 10 Passagiere, darunter ein Japaner, getötet und 11 schwerer verwundet. Bei einem Gegenangriff fielen zwei japanische Hauptleute und ein Soldat. Nach Einsatz japanischer Hilfstruppen wurden den Banditen schwere Verluste beigebracht. Kurze Zeit später griffen die Banditen den Bahnhof Kaofunghing, östlich Peking, an und zerstörten die Station durch Bomben. Ein dritter Angriff erfolgte auf Mulan, etwa 150 Kilometer östlich von Chabin, auf ein mit 15 Beamten, darunter vier japanischen Offizieren, besetztes Polizeiauto. Der Kraftwagen wird samt seinen Insassen vermißt. In Peking ist man hart darüber beunruhigt. Es ist bereits eine Strafexpedition entsandt worden.

Wieder eine Hingrichtung

Am 28. Mai ist in Potsdam der am 8. September 1902 geborene Otto Reichmeister hingerichtet worden. Reichmeister, der durch Urteil des Schwurgerichts in Erga vom 3. Dezember 1935 wegen Mordes zum Tode und wegen Sittlichkeitsverbrechens zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, hatte am 22. September 1935 ein siebenjähriges Mädchen in der Nähe von Bahna mißbraucht und dann erdrückt.

Norwegischer Dampfer gesunken

13 Mann ertrunken

Nach einer heftigen eingetroffenen Meibung ist der 990 Tonnen große in Bergen heimatische Dampfer „Hogstad“ mit 14 Mann Besatzung auf der Fahrt von England nach Norwegen in der Nordsee gesunken. Lediglich der in einem Rettungsboot treibende Kapitän des Schiffes wurde von dem holländischen Dampfer „Westpleine“ gerettet. 13 Mann Besatzung dürften ertrunken sein.

Die Prinzessin und der Hotelportier. Die 30jährige Prinzessin Ana, die älteste Tochter des Königs Haasi I. von Irak, hat durch eine romantische Heirat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gelenkt. Die Prinzessin hatte sich in einen armen Griechen namens Haralambis, der Pförtner in einem Hotel auf der Insel Rhodos ist, verlobt. Am Dienstag erschien sie mit Haralambis in Athen und verheiratete sich mit ihm, nachdem sie sich nach orthodoxem Ritus hatte taufen lassen und den Namen Anastasia angenommen hatte.

Europa im Aether

Die Hauptdarbietungen der Rundfunksender:

Freitag, den 29. Mai:

- 18.45 Prag: Deutsche Nachrichten. — 18.50 London Regional: „Don Juan“, Oper von Mozart (1. Akt; Dirigent: Fritz Busch).
- 19.30 Budapest: „Cavalleria Rusticana“, Oper von Mascagni. — Stockholm: Orgelkonzert. — 19.40 Beromünster: Violin-Klaviersonaten von Haydn. — Bgla: Sinfoniekonzert.
- 20.00 Beromünster: „Ein Mensch trägt die Menschheit“ (Gedächtnisrede für den Historiker Ranke). — Straßburg: Deutsche Nachrichten. — Warschau: Konzert. — Hlversum I: Klavierkonzert, anschl. Chor und Orchester. — 20.10 Kalundborg: Konzert. — 20.30 Wien: Sinfoniekonzert (am Klavier E. Sauer).
- 21.00 Droitzich: Klavierkonzert. — Kalundborg: Alte Wiener Musik und Klaviersoli. — 21.10 Beromünster: Ralph-Benatzky-Konzert. — 21.30 London Regional: Konzert des BBC-Orchesters.
- 22.00 Kowno: Mendelssohn-Konzert. — 22.20 Droitzich: BBC-Orchester und Chor. — Kalundborg: Dänische Musik.

Der goldene Zeller

Von Gregor Wasberg

Der Baron Gustav Herbert Angermann von den Nolländischen Angermanns war zeitweilen der Tradition der Familie treu geblieben. Ein Monat ohne „Ehrenoffiziere“ dünkelt ihm verlan, und sein Herrzergefühl auf dem großen Gut nahe dem Peipussee machte es ihm leicht, Reiz welche zu haben. Die Geschichte von den umbohmischen Karnideln seines Nachbarn, die trotz Verbot über die Grenze in Angermanns Besitz einfuhren, war der Anlaß zu einem Sabelduell mit dem Baron Wosklow, bei dem Gustav Herbert knapp mit dem Leben davon kam.

Indessen hatte seine Frau Regine genug mit den drei Jungen zu tun. Nikolaus, der Mittlere, schlug ganz dem Papa und dem Großpapa nach, die beiden Jüngeren, Zwillinge, die sich wie ein Ei dem anderen gleichen, waren janzter Gemütsart und ihrem Bruder ganz und gar ergeben. Die jungen Herren wurden von den Eltern, namentlich allerdings dem Papa, kaum sehr belästigt. Die energische Mama pflegte nach den sehr kummertösen Abstrafungen mit Ruie oder Hochstod den Grund ihres Jarnes meist ebenjochuell zu vergessen — und so kam es, daß die jungen Angermanns zum Schreden der Gegend aus Knaben Bimmel, aus Bimmel große Burtschen und schließlich junge Herren und Barone wurden.

Nun muß erwähnt werden, daß die Familie einen Schatz besaß: einen großen goldenen Zeller, den der Ahn im heiligen Lande auf eine sehr legendäre Weise erworben hatte. Die Sage berichtete, daß er irgendwo in einer heidnischen Stadt plötzlich — von Kopf bis Fuß in Stahl gekleidet — eingebrochen sei und in dem Loch, in dem er unter Aufweibung einer Staubwolke verschwand, den Zeller gefunden habe.

Die Dorvater Angermanns, seit sechshundert Jahren mit den anderen am Peipussee verknüpft, nickten, wenn diese Geschichte erzählt wurde, und behaupteten, sie mit den Worten: „Janz kewis — einjebrochen — natterkisch — Staub wird's damals wohl auch aufjeweirbelt haben — Jomaz machen unsere Herren Batiern sehr jarne!“ — Dem sei, wie ihm wolle — Tatsache ist, daß um die Mitte des vorigen Jahrhundert's der goldene Zeller da war und der Baron Gustav Herbert an ihm einen Narren gefressen hatte.

Und nun geschah es in dem heißen Sommer 1844, daß in Abwesenheit der Eltern ein Streit zwischen den Brüdern ausbrach und Nikolaus in aufloberndem Jorn den ihm nächsten Gegenstand, den nur durch eine Glasdeibe im Schrank von ihm getrennten goldenen Zeller ergriff — und nach dem Kopf des Zwilling's Dikolar schleuderte. I. Jotar duckte sich, der Zeller schloß die Weite und fand es durch das geschlossene Fenster, wobei er unbegreiflicherweise mit Hande floh und so alle beiden Flügel in Scherben knallte.

Dann aber kaupte er weiter und landete auf der Oberfläche des Teiches hinter dem Herrenhaus, häppte darauf drei-, viermal — wie sogenannte „Butterfliegen“ aus fladem Stein — über das Wasser und war weg.

Wortlos barreten die drei jungen Herren durch die jadtig zerplitterten Scheiben hinab. Die Zwillinge sahen sich an — es sah aus, als ob sie nur ein Mensch seien, der in einem Spiegel sah, so sehr gleichen sich ihre Gesichter. Im nächsten Augenblick stritzten sie hinter Nikolaus her, entledigten sich ihrer Kleider und sprangen in den Teich, um tauchend den Zeller zu suchen. Sie ertranken beinahe, aber sie fanden ihn nicht.

Am Ufer sitzend, erklärte ihnen Nikolaus nun, er habe einen Plan — und da die Eltern erst in drei Tagen zurückkämen, so würde er ihn sofort ausführen. Sprang auf, ließ einen leichten Wagen anspannen und war in Richtung Niga auf und davon.

Am nächsten Tage kam er zurück — aber nicht allein. Er hatte eine komplette Taucherandrückung mitgebracht: Helm, Angus, Weisgerichte, Aufstichland und Pumpe. Die Brüder umringten ihn kauernd und jeltig, während das Jeng auf einem kleinen Boot verladen wurde und Nikolaus sich fertig machte, als Taucher in den Teich zu steigen.

Die Brüder waren informiert, wie man die Luftpumpe bedienen müsse — schraubten den Helm auf des Bruders Kopf jelt, schloffen die Fenster — und plump, fiel Nikolaus in das ziemlich erdurtichliche Wasser.

Von diesem Augenblick an beginnt die Geschichte, ihr besonderes Geheiß zu bekommen. Nikolaus war also unten und suchte nach dem Zeller — die Zwillinge pumpten aus Belbeskräften und freuten sich der aufperlenden Bläschen, die sie nicht mit Unrecht als des Bruders ausgeföhren Atem identifizierten. Sie pumpten eine Stunde, sie pumpten zwei Stunden — es und so verjerteten sie sich, daß alles in Ordnung sei, indem sie an der Meldeleine jogen und von unten ruckende Antwort bekamen.

Sie hatten am frühen Nachmittag begonnen — und sie pumpten noch Sonnenuntergang immer noch. Nikolaus klies naten, gab Reiz muntere und bestige Antwortzeichen — und lächelte offenbar eifrig.

Die Nacht wurde ziemlich anstrengend. Die Brüder wechselten sich ab, um sich ein wenig auszuruhen und waren so am Morgen noch recht rützig. Bangsam sammelten sich Zuschauer am Ufer an. Sie interessierten dem Treiben anzusehen. Die Zwillinge pumpten unter bald jantrem, bald jeltrem Gejange den ganzen Tag über und blielten sich in der zweiten Nacht dadurch munter, daß einer Nacht in einem großen Weijetrog als Boot alle halbe Stunde mit einem sehr heißen Grog auf das Boot zuruderte und den jungen Herrn lobte, der gerade am Pumpen war und keine Sekunde nachließ. Nie hat sich brüderliche Liebe in so reiner und selbstloser Form ermiejn. Inzwischen ruckte und juckte Nikolaus am

Grund an der Beine, aber die war, um nicht zu behindern, längst am Heck des Bootes festgebunden worden.

In der Frühe des dritten Tages kamen die Eltern zurück, erkundeten, was vor sich ging, und Gustav Herbert befahl, den Teich abzulassen. Das war nicht ganz einfach, wurde aber in sechsstündiger Arbeit vollbracht.

Und dann sah man . . .

Nun, eigentlich sah man nichts. Nichts als den Aufschlag des nun ans Ufer gejogenen Bootes, der in einen unjeltlich schwarzen Schlamm führte und darin verschwand. Kleinere Bretter, Steine und dergleichen, die man als Brücke zu dieser Stelle legen wollte, verschwanden ebenjoch — erst große Reijsthaufen, richtige Fajdinnenbündel, jicherten den Steg. Der alte Baron jeltst grüß nach seinem Sohn und gerbeulte ihm mit einem gewaltigen Schaufeljch den Taucherhelm — aber dann hatten sie ihn und jogen ihn, ungläublich jinfend und beludelt, aus dem Schlamm heraus. Er war ziemlich matt — aber er hielt in der Rechten den goldenen Zeller.

Damit wäre diese Geschichte nun eigentlich zu Ende — wenn sie nicht noch ein Nachspiel gehabt hätte. Unter den Zuschauern bei der Rettung muß sich nämlich ein jeltartiges Subjekt befunden haben — denn in der jeltenden Nacht, als dieses echte Angermannsche Abenteuer geföhrend gefeiert wurde — Nikolaus' Popularität war damit im Bande geföhert — wurde der goldene Zeller gestohlen.

Seitdem prangt im Schrank der Angermanns in der sogenannten kleinen Bohnkuche dort, wo der Zeller einst stand, ein Schild mit der Aufschrift:

„Im heiligen Lande erworben — in Nivland gestohlen — der Name des Herrn sei gelobt!“

Englisch-Amerikanisches Lexikon. In kurzer Zeit wird ein Lexikon auf den Büchermarkt kommen, dessen Erscheinen eine Folge der Sprachkampagne ist, die viele pädagogische Gesellschaften gegen das in Amerika gesprochene Englisch führen, und die nebenbei auch den Kampf gegen den amerikanischen Tonjilm erfolgreich durchzuführen. Als Herausgeber fungiert Sir William Craig. Ueber seine Absichten bei der Redaktion dieses Lexikons hat er sich sehr jhart über das amerikanische Englisch ausgesprochen. Es hätte einer jahrelangen Arbeit bedurft, um alle „Amerikanismen“ aufzujfinden, und das sei jchwieriger gewesen, wie das Deciphrieren von Hieroglyphen. Gewiß spräche man in den Vereinigten Staaten auch Englisch. Aber für gewöhnlich wäre die Sprache Schalejprache mit Wortha französischer, spanischer oder sonstiger (auch indijantischer) Herkunft untermischt. Er jeltst habe das Lexikon nur jchaffen können, weil er zehn Jahre in Chicago verbracht habe, wo ein wahres Sprachjabel herrsche. Im abrigen aber diene das Lexikon dem edlen Zweck, die durch nicht zu jernende Sprachgemeinjchaft verbundenen Völker diejelt und jentzeit des Jenganz einander näher zu bringen.

folgreichen Behauptung der sozialistischen Macht hat. Man muß wissen, daß dem Siege des Planismus in der Partei eine schwere Krise der belgischen Arbeiterbewegung vorausgegangen war (Schwierigkeiten der Arbeiterbank, der Wirtschaftsfunktionen usw.). Wenn der Verlustträger der Wahl die Katholiken sind, wenn die Sozialisten vom Faschismus selbst nicht angegriffen wurden, so darf man das wohl nicht zuletzt als einen Erfolg des Plans und des Planismus buchen. So ist das Wahlergebnis in Belgien, was ja auch der Lage und Struktur des Landes entspricht, einzuordnen etwa in der Mitte zwischen den skandinavischen Erfolgen des Sozialismus und seiner mitteleuropäischen Erschütterung.

Über 50 000 Metallarbeiter im Streik

Der Lohnkampf in der französischen Metallindustrie

Der Mittwoch früh in zwei Fabriken der Flugzeugindustrie ausgebrochene Streik hat sich im Laufe von Mittwoch und Donnerstag nicht nur auf die Mehrheit der Flugzeugwerke ausgebreitet, sondern auch auf andere Unternehmungen der Kriegsindustrie, wie auch auf andere Fabriken der Metallindustrie im Departement Paris. Folgende Fabriken sind zur Zeit vom Streik erfasst: Die Fabrik in Neuport, Cabalette, Farman, die großen Werke von Renault, die 33 000 Arbeiter beschäftigten, die Motorenfabrik Salmson, Flugzeugfabrik Caubron, die Fabrik für Automobile und Maschinengewehre, Hotchkiss, die Citroën-Werke und eine Reihe von anderen Werken in der Nähe von Paris. Die Arbeiter sind zum großen Teil in den Fabriken geblieben. Aus der Provinz traf die Nachricht ein vom Streik in den großen Flugzeugfabriken Deboitine in Toulouse. In vielen Fabriken dauerte der Streik nur einige Stunden, da die Direktoren sich mit den Vertretern der Arbeiterschaft einigten. Insgesamt sind an dem Streik weit über 50 000 Metallarbeiter beteiligt.

Die Vertreter der Streikenden fordern die 40stündige Arbeitswoche, Abschaffung von Überstunden, bezahlten Urlaub, Lohnerhöhung und Anerkennung der Arbeitervertreter durch die Fabrikverwaltungen.

Dort, wo vor allem Lohnerhöhungen gefordert werden, hat sich eine Verständigung ziemlich leicht erreichen lassen. Eine Schwierigkeit ruft dagegen die Forderung der 40stündigen Arbeitswoche und Anerkennung der ständigen Vertretung der Arbeiterschaft hervor. Es wird immer darauf hingewiesen, daß diese Forderungen nur als Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und den entsprechenden Gewerkschaften angesehen seien. Ministerpräsident Sarraut hielt eine Reihe von Konferenzen im Zusammenhang mit dieser Streikwelle ab. Es wurde dabei festgestellt, daß

der Streik überall einen ruhigen Verlauf

habe, so daß es nirgends zu Zusammenstößen gekommen sei. Auf Grund der von der Regierung Sarraut mit Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände geführten Besprechungen haben sich die Arbeitgeberverbände bereit erklärt, in Verhandlungen einzutreten, falls bis dahin die Arbeit in den Betrieben wieder aufgenommen werde. Von den Werkleitungen wurden den Streikenden weiter versprochen, keine Strafmaßnahmen zu ergreifen. Obwohl dieser zwischen der Regierung und den Arbeitnehmerverbänden erfolgte Vorschlag bereits am Donnerstagmorgen gegen 9 Uhr vorlag, sind doch die etwa 50 000 im Streik befindlichen Metallarbeiter auch in der Nacht zum Freitag an ihren Arbeitsplätzen geblieben. In den Renault-Werken sowie den übrigen im Auslande befindlichen Fabriken wurden am Donnerstagabend von dem Streik aus schließlich die Jugendlichen unter 18 Jahren sowie Frauen und Mädchen nach Hause geschickt. Die übrigen Verlangensberechtigten schickten sich an, die dritte Nacht in den Maschinenhallen zu bleiben. Wieder wurden sie von Angehörigen ihrer Familien und von Gewerkschaftsmitgliedern mit Lebensmitteln versorgt.

Vorschläge zur Beilegung der Streiks

Die Verhandlungen haben am Donnerstagabend zu einer grundsätzlichen Verständigung geführt. Man ist übereingekommen, daß am Freitagmorgen unter Vorsitz des Arbeitsministers zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen Verhandlungen über den Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrages beginnen sollen. Die Gewerkschaftsorganisation werde das grundsätzliche Abkommen am Freitagvormittag den Abordnungen der streikenden Fabrikarbeiter unterbreiten.

Von nun an hat sich am gestrigen Nachmittag ganz den durch die Streiklage in den großen Pariser Metall-, Automobil- und Flugzeugwerken gestellten Fragen zugewendet. Zu ihrer Lösung hatte er Besprechungen zunächst mit den Sekretären des sozialistischen Gewerkschaftsverbandes CGP, mit Jourhaux und Racamont, später mit einer Abordnung des kommunistischen Parteivorstandes und anschließend mit Vertretern der verschiedenen Arbeiterindikatoren. Den Abschluß bildete die lange Aussprache mit Ministerpräsident Sarraut, bei der auch Arbeitsminister Frossard und der sozialistische Abgeordnete (und zukünftige Finanzminister) Vincent-Auriol zugegen waren. Die Lage stellte sich gestern Abend so dar, daß mit einem sicheren Siege der streikenden Arbeiter zu rechnen ist.

„Völlige Übereinstimmung“

Die Verlautbarung über die polnisch-jugoslawischen Besprechungen

Aus Belgrad wird gemeldet:

Der jugoslawische Ministerpräsident und Außenminister Stojadinowitsch und der polnische Außenminister Bed empiński am Donnerstagabend die Vertreter der Presse und teilten ihnen die amtliche Verlautbarung über das Ergebnis ihrer Besprechungen mit.

In der Verlautbarung heißt es einleitend, daß die beiden Außenminister in mehreren Beratungen die aktuellen Fragen der internationalen Politik einer Prüfung unterzogen hätten, wobei sie bei der Lösung dieser Fragen vor allem auf eine polnisch-jugoslawische Zusammenarbeit Wert legten. Weiter wird in dem Komunique ausgeführt: „Nach einem eingehenden Meinusaustausch stellten die Herren Bed und Stojadinowitsch ihre völlige Übereinstimmung darüber fest, daß sie bei der Befolgung der Außenpolitik ihrer beiden Staaten angesichts der jetzigen schwierigen internationalen Lage im Rahmen ihrer Möglichkeiten und ihrer bestehenden Verpflichtungen jeder konstruktiven Politik, die auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität sowie auf der Achtung der Würde und der legitimen Rechte ihrer Staaten beruht, ihre Mitarbeit darbieten werden. Der jetzige persönliche Kontakt der beiden Minister ist ein neuer Beweis für die herzlichen Beziehungen, die seit jeher zwischen den beiden slawischen Völkern bestehen. Sie haben demzufolge beschlossen, ihren freundschaftlichen Meinusaustausch in Zukunft in gleichem Geiste und im Interesse der Politik und der Verständigung und des internationalen Friedens fortzusetzen.“

Minister Bed auf der Seinebrücke

Der polnische Außenminister Bed ist am Donnerstagabend nach einem Abschiedsbesuch in der polnischen Gesandtschaft, dem auch der Ministerpräsident und Außenminister Stojadinowitsch betwohnte, nach Warschau zurückgekehrt.

Marineübungen in Kiel. In Kiel beginnen heute die „Marineübungen“, in deren Mittelpunkt die Beschießung

Denkmals steht. Große Marineübungen werden stattfinden; im Anschluß daran eine Flottenparade vor dem Reichslangler.

68 Gewerkschaftsfunktionäre in Warschau verhaftet

Bei einer Versammlung von Vertretern der Bauarbeitergewerkschaften in Warschau verhaftete die Polizei 68 Personen. Unter den Verhafteten sollen sich 15 bekannte Kommunisten befinden.

5 Monate Gefängnis für Primo de Rivera

Der spanische Faschistenführer Primo de Rivera, gegen den erneut ein Prozeß wegen unbefugten Waffenbesitzes an-

Danziger Nachrichten

Die Unterschlagungen bei der Arbeitsfront

Arbeitsfrontkassierer durch Schnellgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt

Der Arbeiter Willy Senger aus Odra, der auf dem Schlaghof die Beiträge für die Arbeitsfront einzog, meldete der Danziger Kriminalpolizei einen Einbruch in seinem Hause. Bei den Untersuchungen erschienen dem Beamten der Einbruch recht merkwürdig, und dem angeblich bestohlenen Arbeitsfrontkassierer wurde eingehend auf den Zahn gefühlt. Am Mittwoch kehrte Senger dann von einer Vernachlässigung bei der Kriminalpolizei, Gruppe für Unterschlagungen, nicht mehr zurück. Er wurde in Polizeigewahrsam gehalten und stand heute morgen vor dem Schnellrichter.

Die Anklage, die durch Amtsanwaltstaatsrat Fehner vertreten wird, legt dem Arbeitsfrontkassierer die Unterschlagung von circa 24 Gulden zur Last. Als Senger sich dann keinen Rat mehr wußte, täuschte er einen Einbruchsdiebstahl vor. In der Verhandlung entschuldigte sich der Angeklagte mit besonders großer Not. Er hatte ein monatliches Einkommen von 180 Gulden. Der Schnellrichter, Band- und Amtsgerichtsrat Prohl, verurteilt den ungetreuen Kassierer zu sechs Monaten Gefängnis. Der Antrag des Amtsanwaltstaatsrats Fehner war gleichlautend. Senger nahm die Strafe sofort an und wurde zur Verbüßung der sechs Monate nach Schichtange überführt. Damit schließt sich wieder einmal die Gefängnisparade hinter einem Verklünder des Schlagwortes „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“, der dieses Wort in „Mein Rug geht vor Dein Rug“ umwandelte.

Im Lande der Mitternachtsjonne

Ein Werbefilm für Finnland

Professor Noé, der Generalkonsul für Finnland, hatte für gestern Abend eine größere Anzahl von Interessenten zu einer Filmvorführung in die U. S. Lichtspiele geladen. Vor sehr gut besetztem Hause hielt Professor Noé zunächst einen einleitenden Vortrag über Finnland, der von erfreulicher Kürze war, aber dennoch alles Wissenswerte über Geschichte, Verfassung, Wirtschaft, Pflanzengeographie und landschaftliche Besonderheiten Finnlands enthielt. Dann folgte ein Film ab, der einen interessanten Einblick in die Verhältnisse dieses großen Landes am Borenschen Meerbusen gab. Man sah vom Leben durchflutete, prachtvolle Städte, die seit Jahrhunderten bestehen. Auf den Wochenmärkten war ein Leben, wie in Danzig vor der Marktreinigung. Wer glaubte, daß Finnland lediglich aus Wasser, Wald und Felsen besteht, wurde eines Besseren belehrt. Südfinnlands Klima ist ähnlich unserem Klima. Früchte, die bei uns gezeihen, reifen auch dort. Man sah im Sitze prächtige Obstgärten und reichende Kornfelder. Viele haben fieberlich auch zum erstenmal Bekanntschaft mit einem Fischfeld gemacht.

Finnland ist das Land der Seen und der Inseln. Man sah märchenhaft schöne Bilder finnischer Landschaften. Eine Autostraße führt nach Norden bis an die Küste des Eismeeres. Sie bietet Gelegenheit, die grandiose Landschaft Lapplands kennenzulernen, wo im Sommer die Sonne nicht untergeht und beim Scheitern der Mitternachtsjonne zu jeder Stunde Arbeiten im Freien verrichtet werden können.

Von besonderem Interesse waren die Bilder, die Finnlands Bevölkerung bei der Arbeit zeigten. Die unerschöpflichen Wälder Finnlands bilden die Grundlage für eine Holzindustrie, die in Europa kaum ihresgleichen hat. Holz ist denn auch der Hauptausfuhrartikel Finnlands. Aber auch landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere Butter, werden in solcher Menge produziert, daß sie auszuführen werden können. So gab der Film einen Einblick in ein wirtschaftlich blühendes Land, das viele außerordentliche landwirtschaftlichen Schönheiten aufweist.

Was geschah mit den Flandern?

Die etwa 25 Flandern wurden aus dem Hafen nach See gebracht

Am Montagvormittag wurden auf dem Fischmarkt 17 Flandern auf den Rutter der Fischzentrale geladen, der auf Strohdick vor der Fischzentrale bereits 22 Flandern und Feringe geladen hatte. Darauf ging der Rutter mit den Fischen in See. Dann hat man von dem Verbleib der Fische nichts mehr gehört. Was ist mit den Fischen geschehen? Die Flandern waren zur menschlichen Ernährung durchaus geeignet, denn den Fischhändlern war geklärt, daß aus den Fischen, die auf den Rutter verladen wurden, vorher die ihnen zugehenden Fische anzulassen. Auf dem Fischmarkt ist nun ein großes Rätselraten, was mit den Fischen geschehen ist, die wieder nach der See zurückgebracht wurden.

Beschuldigung

Seine Tochter des ehemaligen Polizeipräsidenten verurteilt

In der Nr. 121 der „Danziger Volksstimme“ vom 24. Mai 1936, bringen Sie unter der Überschrift: „Die Tochter des ehemaligen Polizeipräsidenten verurteilt“, weil sie eine vom Polizeipräsidenten verbundene Organisation weiterführte, den Verlauf einer Schnellgerichtsverhandlung gegen drei Hilselsocher.

Die Behauptung, daß es sich bei einer der Verurteilten um eine Tochter des ehemaligen Polizeipräsidenten Wessel handle, ist unrichtig. Wir, als die einzigen beiden Wesel des verstorbenen Polizeipräsidenten Wessel, erklären hiermit, daß wir mit der Angelegenheit, die am 25. 5. 1936 vor dem Schnellrichter verhandelt wurde, nicht das geringste zu tun haben. Danzig-Danzigstr. Landweg 6, 1. Magdalene Wessel, Katharina Wessel.

Unser Berichterkollege ist falsch informiert worden. Die verurteilte Hilselsocherin ist eine Verwandte des ehemaligen Polizeipräsidenten Wessel.

getrennt worden war, ist zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr und einen Monat beantragt.

England und die deutschen Geheimagenten

Eine Interpellation im Unterhaus

Abgeordneter Ellis Smith von der Labour Party brachte gestern im englischen Unterhaus eine Interpellation über die Tätigkeit geheimer deutscher Agenten in England ein. Diese Tätigkeit richtete sich gegen Personen, die in Großbritannien legal wohnen. Innenminister Sir John Simon erklärte, diese Tätigkeit werde genau überwacht; entsprechende Schritte und Maßnahmen würden, gegebenenfalls, in allen Fällen unternommen werden.

Vor zwei Jahren...

Im „Vorposten“ vom 22. Mai 1934 schildert Herr Dr. Pöschel unter den Titeln „Das Alte stirzt“ und „Das rote Nachwerk wird abgebaut“ die Besonderheiten der damals neuen Verordnung zur Ordnung der Arbeit und schreibt u. a.:

„Der Treuhänder der Arbeit erhält jetzt einen fester unrisiken Arbeitsbereich, er wird im wahren Sinne des Wortes zum „Vater der Wirtschaft“, er wird zu einem der verantwortungsvollsten Beamten in der Freien Stadt Danzig überhaupt. Wenigleich der Treuhänder an Richtlinien und Weisungen des Senats gebunden ist, bleibt er der Friedensengel auf dem Kampffeld der Arbeit.“

Man erinnert sich, daß damals Herr Schories diesen Posten des „verantwortungsvollsten Beamten“ bekleidete, der aber doch eben nur nach Gruppe A 2 a mit einer Zulage von 62.— Gulden monatlich besoldet wird, also wie ein ganz einfacher Regierungsrat. Jetzt ist er nicht mehr Vater der Wirtschaft, auch nicht Friedensengel auf dem Kampffeld der Arbeit, sondern ganz einfach zur Ruhe gelebt.

Herr Pöschel ist am Schluß seines Artikels ganz entzückt davon, daß „eine Reihe alter Vorschriften, wie das Betriebsrätegesetz, Tarifvertragsordnung, Gesetz über das Schlichtungswesen u. a. beseitigt worden“ seien und schließt:

„Eine neue Zeit ist angebrochen, das Alte stirzt und gerade im Arbeitsrecht erfolgt die erste tiefgreifende Neuregelung, wie sie sich der Nationalsozialist erwünscht. Der Staat setzt voraus, daß dieses Gesetz nicht behandelt wird wie Kinder mit ihrem Spielzeug umgehen. Es ist jetzt Sache aller Volksgenossen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich des Vertrauens würdig zu erweisen, das man in uns gesetzt hat.“

Dieses Geschenk ist denn auch wirklich nicht als Spielzeug behandelt worden — Gott behüte! — ist auch nicht durch profanen Mißbrauch abgenutzt. Bisher sind nicht einmal die in ihm angefügten Vertrauensräte gewählt worden. Es ist daher noch fast so wie neu.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilt

Zu 1 Jahr, 6 Monaten Zuchthaus

Vor der Ersten Großen Strafkammer, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Beumann, stand gestern der 47 Jahre alte leitende Staatsangehörige Kalf Lesnikow. Ihm wird zur Last gelegt, sich an einem Mädchen unter 14 Jahren unzüchtig verhalten zu haben. Der Angeklagte wohnte 2 1/2 Jahre bei der Familie Melner in Jopopt, die dort eine Villa besitzt. Die Straftaten, die ihm zur Last gelegt werden, soll er Anfang und Ende Januar 1936 begangen haben. Lesnikow bestritt entschieden, sich irgendwie dem Kinde unzüchtig genähert zu haben. Er lebt von seiner Frau getrennt. Die Anzeige soll auf seine Frau zurückzuführen sein. Die Hintergründe dieser Affäre sind äußerst verworren. Tatsache ist jedenfalls, daß der neue Oberbürgermeister von Jopopt, Lem p., einen anonymen Brief bekommen hat, in dem die betreffenden Anschuldigungen gegen Lesnikow erhoben wurden.

In der Beweisaufnahme der gestrigen Verhandlung wurde auch das siebenjährige Mädchen vernommen. Es belastete den Angeklagten erheblich. Der Erste Staatsanwalt Muhl beantragte daraufhin gegen Lesnikow eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus. Obwohl das Gericht die Schuldfrage bejaht hat, bleiben doch noch Lücken offen.

Unser Wetterbericht

Vorhersage für morgen: Wolfig, teils aufheiternd, später Trübung, mäßige Südwest- bis Westwinde, etwas milder.

Aussichten für Sonntag: Wechselnd bewölkt, Schauer, kühler.

Maximum des letzten Tages: 16,3 Grad. — Minimum der letzten Nacht: 4,8 Grad.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Dt. D. „Cremon“, 30. 5. fällig, Kenczat; brit. D. „Gordonia“, 29. 5. von Korrespondenz, Södtmann.

Im Gdingener Hafen werden erwartet: D. „Mercur“, 30. 5. fällig, Pam.; D. „Sisa“, 30. 5. fällig, Behne & Sieg; D. „Blenda“, 1. 6. fällig, Pam.; D. „Gypa“, 1. 6. fällig, Behne & Sieg; D. „Wiking“, ca. 2. 6. fällig, Pam.; D. „Dagau“, 4. 6. fällig, Kothert & Kitzajewski; D. „Lortel“, ca. 8. 6. fällig, Pam.; D. „Sajuta“, 20. 6. fällig, Th. Walling und „Ludwig“, 8. 6. fällig, Behne & Sieg.

Polizeibericht vom 29. Mai 1936. Festgenommen sind 16 Personen, davon: 1 weg. Einbruchdiebstahl, 1 weg. Passfälschung, 1 weg. Trunkenheit, 1 weg. Zuhälterziehung, 1 weg. Gewerbevergehen, 1 weg. Schmuggel, 1 weg. Beteln, 4 aus besonderem Anlaß, 2 in Polizeigast.

Danziger Standesamt vom 27. Mai

Starb e f ä l l e: Ehelich: 1 Totgeburt. — Ehefrau Emma Koch geb. Wittau, 63 J. — Witwe Emma Kaufme geb. Reichle, 71 J. — Unehelich: 1 Sohn, 4 Töchter. — Ehefrau Anna Wolgast geb. v. Gruchalla, 62 J. — Ehelich: 1 Totgeburt. — Unehelich: 1 Sohn, 3 Töchter. — Ehelich: 1 Totgeburt.

Wasserstandsnotizen der Stromweichsel

nom 29. Mai 1936

	28. 5.	29. 5.	28. 5.	29. 5.	
Thorn	+0,48	+0,48	Montauerhöhe	-0,91	-0,02
Ferdon	+0,49	+0,49	Wielki	-0,10	-0,12
Gulm	+0,30	+0,29	Dirschau	-0,22	-0,24
Graudenz	+0,46	+0,43	Ginlage	+2,05	+2,10
Kurzbrad	+0,62	+0,59	Schleusenort	+2,26	+2,34
	26. 5.	27. 5.		26. 5.	27. 5.
Krajan	-2,44	-2,58	Romy Socy	+1,45	+1,35
Zawichost	+1,34	+1,51	Przemysl	-1,96	-2,08
Weslau	+0,54	+0,55	Weslau	+0,01	+0,01
Blot	+0,58	+0,59	Pultusk	+0,54	+0,54

